

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 09 86 846 ppbn d



## Inhalt

Herbert Schnoor, NRW-Innenminister, beschreibt die Zwänge zu einer realistischen Ausländerpolitik: Im Mittelpunkt steht weiterhin freiwillige Integration.

Seite 1

Peter Paterna MdB setzt sich für einen Beitrag der Post zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein: Unverzüglich in die Tat umsetzen.

Seite 4

Walter Kolbow MdB unterstreicht, daß die Vorwürfe der Opposition im Tornado-Ausschuß widerlegt wurden: Klassenziel nicht erreicht.

Seite 5

### Dokumentation

Hans Koschnick vor der Schule Technische Truppe II: "Mittel und Wege der Kriegsverhütung in Europa".

Seite 6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 50

15. März 1982

### Zwänge einer realistischen Ausländerpolitik

Im Mittelpunkt steht weiterhin freiwillige Integration

Von Dr. Herbert Schnoor

Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Es ist eine Binsenweisheit: Das Ausländerproblem ist heute vor allem das Problem des Verhältnisses der Deutschen zu den bei uns lebenden türkischen Menschen. Aber seine Explosivität erhöht sich dadurch, daß es darüber hinaus ausstrahlt auf das Verhältnis der Deutschen zu allen Ausländern und zu Minderheiten überhaupt. Die Gefährlichkeit dieser Entwicklung kann - auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten - nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Situation ist die immer deutlicher zutage tretende Ausländerfeindlichkeit darüber hinaus der fruchtbarste Nährboden für antidemokratische rechtsextremistische Kräfte. Es wird versucht, berechtigte Sorgen und vorhandene Emotionen vor den Karren längst vergangen geglaubter Ideologien zu spannen.

Um so wichtiger ist es, daß wir über Handlungskonzepte der Ausländerpolitik neu nachdenken und schnellstens handeln. Dabei muß für Sozialdemokraten klar sein: Im Mittelpunkt unserer Ausländerpolitik steht auch weiterhin das Angebot zur freiwilligen Integration. Allerdings müssen wir uns fragen, was sich konkret hinter diesem Begriff verbirgt, welches die Mindestvoraussetzungen der Integration sind, und was damit nicht gemeint sein kann. Einfache Antworten auf diese Fragen gibt es nicht.

Sicher haben wir mit unserer bisherigen Politik der Integration beachtliche Erfolge vorzuweisen; es gibt aber auch herbe Enttäuschungen und nicht zu leugnende Mißerfolge. Anhand unserer Erfahrungen muß schleunigst eine Neudefinition der Integrationspolitik für die drei wichtigsten Bereiche Arbeit, Schule und Wohnen erfolgen. Dabei müssen wir von folgendem ausgehen:

Kundlicher Umgang  
mit wertvollen Ressourcen  
Recycling-Papier



- Ausländerpolitik muß Kontinuität und Glaubwürdigkeit zeigen, um für alle Beteiligten berechenbar zu bleiben. Dazu gehört, daß wir Deutschen wie Ausländern deutlich sagen, was wir bisher getan haben, was wir tun wollen, und wo unsere Grenzen liegen. Es muß dringend der verschiedentlich vorhandene Eindruck ausgeräumt werden, wir seien untätig und wüßten nicht, was wir tun sollten, wir ließen die Menschen vor Ort mit den Problemen allein.
- Wir müssen uns fragen, ob und gegebenenfalls was wir aus den Erfahrungen anderer Länder mit hohem Ausländeranteil lernen können.
- Besonders wichtig ist es, zwischen den unterschiedlichen Tatbeständen und Problemgruppen zu unterscheiden. Es gibt nicht "die" Ausländer und "das" Ausländerproblem. Integration ist dort besonders schwierig, wo weltanschauliche und religiöse Unterschiede bestehen, wo völlig gegensätzliche Vorstellungswelten aufeinander treffen, die unvereinbar erscheinen. Zur differenzierten Betrachtung gehört auch die Klarheit darüber, daß politisch Verfolgten weiterhin Schutz gewährt wird. Dies darf nicht dadurch in Frage gestellt werden, daß Ausländerfeindlichkeit auch in der unberechtigten Inanspruchnahme des Grundrechts auf Asyl ihren Grund hat. Um so dringender ist es deshalb, die Novellierung des Asylverfahrensgesetzes abzuschließen.
- Am Ende muß als Ergebnis der Integrationspolitik stehen, daß die Ausländer als Mitmenschen bei uns angenommen werden, daß sie als solche unserer Solidarität in guten wie in schlechten Zeiten bedürfen - gleichgültig, ob sie Deutsche geworden sind oder ob sie bewußt ihre Staatsangehörigkeit beibehalten wollen, obwohl sie nicht an Rückkehr in ihre Heimat denken.

Vor diesem Hintergrund müssen wir die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen Integration überhaupt nur möglich ist, überdenken und - wo nötig - neu festlegen. Dazu gehört:

- Der Anwerbestopp muß bestehen bleiben.
- Die Grenze für den Nachzug der Ausländerkinder muß unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Schranken erheblich herabgesetzt werden. Dabei muß sichergestellt sein, daß eine Altersgrenze gesetzt wird, die bei Einschulung noch möglich macht, ohne daß andere Schüler dadurch Nachteile erleiden.
- Es muß geprüft werden, ob auch der Nachzug der Ehepartner von Ausländern zweiter Generation beschränkt werden kann und sollte.
- Die Kindergeldregelung für Ausländer muß mit dem Ziel überprüft werden, den weiteren Zuzug junger Ausländer einzuschränken.
- In Verhandlungen mit der Türkei muß erreicht werden, daß die Vereinbarung über die völlige Freizügigkeit ab 1986 aufgehoben wird.
- Die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen sind konsequent anzuwenden. Insbesondere ist sicherzustellen, daß abgewiesene Asylbewerber sowie illegal bei uns lebende Ausländer unser Land schnellstmöglich verlassen.
- Die Tätigkeit illegaler Schlepp- und Verleihorganisationen ist zu unterbinden.
- Es ist zu überlegen, ob für hier lebende und neu hinzuziehende Ausländer weitere Bedingungen für ihren ständigen Aufenthalt - zum Beispiel das Erlernen der deutschen



Sprache, die Beachtung der Schulpflicht der Kinder und sonstige Anforderungen für ein Mindestmaß an Integration - gestellt werden müssen.

- Die Einbürgerung muß für die Ausländer der zweiten und folgenden Generationen erleichtert werden. Dann bedarf es keines Kommunalwahlrechts für Ausländer.
- Ausländer, die unsere Rechtsordnung verletzen, sind grundsätzlich auszuweisen und abzuschieben. Es ist zu prüfen, ob weitere Ausweisungstatbestände notwendig sind.
- Die Rückkehr dazu bereiter Ausländer in ihre Heimat muß - auch durch finanzielle Hilfen - gefördert werden.
- Die erfolgreich begonnene Integration der Ausländer im Arbeitsleben muß fortgesetzt werden.
- Das Bildungs- und Ausbildungsangebot für ausländische Jugendliche ist weiter zu verbessern.
- Soweit möglich, ist die Bildung von "Ausländergettos" durch geeignete Maßnahmen der Städtebau- und Wohnungspolitik zu vermeiden.
- Die Ausländer-Sozialdienste sind auszubauen.
- Das Angebot zur Einbeziehung von Ausländern in die Arbeit der unterschiedlichsten gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen ist auszuweiten.
- Es ist zu prüfen, ob und gegebenenfalls wie der ständigen Zunahme der Koranschulen begegnet werden kann.
- In der öffentlichen Diskussion über Ausländerfragen ist Behutsamkeit das oberste Gebot. Es kommt darauf an, die Ziele und Inhalte unserer Ausländerpolitik zu verdeutlichen und - auch den Ausländern - verständlich zu machen.
- Und nochmals: Das Asylrecht muß sofort geändert werden, um den unkontrollierten Zugang von Armutsflüchtlingen zu verhindern und die Anerkennungsverfahren zu verkürzen.

Wenn unsere Ausländerpolitik realistisch sein soll, müssen wir vor allem aber wissen, daß Integrationsangebote sehr viel Geld kosten. Ausländerpolitik steht - auch - unter dem Primat der Finanzpolitik. Hüten wir uns deshalb davor, Hoffnungen zu wecken, die wir nicht erfüllen können.

(-/15.3.1982/vo-he/ca)



Unverzüglich in die Tat umsetzen

Die Post soll einen zusätzlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit leisten

Von Peter Paterna MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für das Post- und Fernmeldewesen

Die Bundesregierung hatte anlässlich der Verabschiedung des Jahreswirtschaftsberichts 1982 am 3. Februar dieses Jahres die Deutsche Bundespost aufgefordert, "in eigener unternehmerischer Entscheidung geplante Investitionen vorzuziehen und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten das Investitionsvolumen zu erhöhen".

Mit einem Investitionsvolumen von etwa dreizehn Milliarden Mark allein in 1982 leistet die Deutsche Bundespost bereits heute einen konjunkturpolitisch beachtlichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Stabilität und zu den Bemühungen, das wirtschaftliche Wachstum zu beleben.

Angesichts der wachsenden arbeitsmarktpolitischen Probleme hat die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion jedoch die Post bereits im Sommer vergangenen Jahres aufgefordert, einen zusätzlichen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Ankurbelung der Wirtschaft zu leisten.

Die Deutsche Bundespost sollte diese Vorschläge unverzüglich in die Tat umsetzen. Dazu gehört vor allem, das Hochbauprogramm aufzustocken. Es gibt zum Beispiel Bauvorhaben, die bei der Post vergabereif sind, jedoch aus verschiedenen Gründen 1982 noch nicht in Angriff genommen werden sollten. Diese Bauvorhaben müssen jetzt durchgeführt werden. Dadurch würde ein zusätzliches Auftragsvolumen von über 100 Millionen Mark entstehen.

Neben dem Hochbau gibt es noch andere Bereiche, in denen zusätzliche Maßnahmen der Post vorstellbar sind. Zu denken wäre an den beschleunigten Ausbau des Netzes und der Vermittlungstechnik zur Beseitigung von Engpässen im Telefonverkehr.

Außerdem gibt es Probleme bei der Restversorgung der Bevölkerung mit den herkömmlichen Rundfunk- und Fernsehprogrammen. Dabei handelt es sich um zwei bis drei Prozent der bundesdeutschen Haushalte, überwiegend in Gemeinden unter 800 Einwohnern. Wenn man diese Haushalte verkabelt, um den Empfang zu verbessern oder überhaupt erst zu ermöglichen, ergibt das ein zusätzliches Investitionsvolumen von mehreren 100 Millionen Mark. Obwohl die Kosten dafür von den Rundfunkanstalten zu tragen sind, könnte die Deutsche Bundespost in Vorleistung treten.

Schließlich geht es darum, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen nachrichtentechnischen Industrie allgemein zu stärken. Besonders zukunftssträftig ist die optische Übertragung in Glasfasern. Dazu hat die Post bereits sechs sogenannte "BIGFON"-Versuche aufgelegt. Sie könnte dieses Programm ergänzen, indem sie diese Glasfaserinselnetze auch in der Fernebene verbindet. Auch dies würde zu zusätzlichen positiven Investitionsimpulsen führen.

(-/15:3.1982/ks/oa)



Klassenziel nicht erreicht

Vorwürfe der Opposition im Tornado-Ausschuß widerlegt

Von Walter Kolbow MdB

Mitglied des Untersuchungsausschusses MRCA/Tornado.

Für die Opposition im Deutschen Bundestag hat sich der Untersuchungsausschuß MRCA/Tornado nicht gelohnt. Der Berg hat gekreist, nicht einmal ein Mäuslein ward geboren. Hans Apel trägt keine Schuld an den Finanzierungsproblemen im Zusammenhang mit dem Mehrzweckkampfflugzeug MRCA/Tornado. Dies wird aus dem im Untersuchungsausschuß verabschiedeten Mehrheitsbericht der Koalitionsparteien SPD und FDP mehr als deutlich. Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß der Minister nicht mehr wissen konnte, als seine Staatssekretäre, diese nicht mehr als die ihnen zuzuarbeitende Arbeitsebene und, daß, was auf der Arbeitsebene ungeklärt und widersprüchlich war, sich auf der Ministerebene nicht als Gewißheit wiederfinden könnte. Auf diese Weise macht der Ausschlußbericht klar: Dem Verteidigungsminister lagen vor November 1980 konkrete Informationen über rechtsverbindliche Mehrforderungen der Industrie in bestimmter Höhe nicht vor.

Die Opposition hat ihr Klassenziel nicht erreicht. Über haltlose Anschuldigungen hinaus, hat sie in ihrem Minderheitsvotum zur Frage der Ursache der Finanzmisere nichts vorzuweisen. Anstatt sich an den Konsequenzen aus den Schwachstellen in Organisation und Planung bei dem Waffengroßprojekt im Bundesministerium für Verteidigung bei der NAMMA zu beteiligen, ergeht sie sich in haltlosen politischen Anschuldigungen. Hans Apel hat bereits wesentliche Konsequenzen im Januar 1981 in einem "Katalog organisatorischer Maßnahmen" angesprochen. Dieser Katalog ist mittlerweile weitgehend verwirklicht. Zudem wurde im Haushaltsplan 1982 erstmals nicht mit dem Preisstand des vergangenen Haushaltsjahres das Waffensystem Tornado veranschlagt, vielmehr wird jetzt mit dem hochgerechneten Preisstand zur Jahresmitte 1982 gearbeitet.

Fazit: Dem Minister vorwerfbare Versäumnisse hat die Untersuchung nicht erbracht. Die gewonnene Erfahrungfülle der Arbeit im Untersuchungsausschuß muß im Verteidigungsausschuß nutzbar gemacht werden.  
(-/15.3.1982/hl/ca)

+ + +



DOKUMENTATION"Mittel und Wege der Kriegsverhütung in Europa"

Referat des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick,  
in der Vortragsreihe 1981/82 der Schule Technische Truppe II und  
Fachschule des Meeres für Wirtschaft in Bremen-Grohn am Donnerstag,  
11. März 1982, (Teil I)

Mehr als 30 Jahre ist Europa ohne kriegerische Auseinandersetzung ausgekommen. Das ist eine Spanne von Jahren, wie sie auch andere Jahrhunderte nur selten erlebten. Dennoch kann die Zeit in Europa nach 1945/47 nicht schlechthin als Friedenszeit bezeichnet werden, sondern eher als eine Periode des Austragens ideologischer und machtpolitischer Gegensätze, ohne unmittelbaren Einsatz von Waffengewalt. Bis Anfang der 60er Jahre wurden die Spannungen zwischen Ost und West in kennzeichnender Weise als "Kalter Krieg" benannt. Und der Umschlag vom "kalten" zum "heißen" Krieg schien nicht unmöglich. Denken wir nur an folgende friedensbedrohende Anlässe:

- an die Berliner Blockade,
- an den Korea-Konflikt,
- an die Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes,
- an die israelisch-französisch-englische Suezintervention,
- an das Berlin-Ultimatum von Chruschtschow,
- an die Kuba-Krise und
- an den Berliner Mauerbau,
- von den am Rande Europas permanent schwebenden israelisch-arabischen Konflikt ganz zu schweigen, der die Welt schon einige Male an den Rand eines Weltkrieges gebracht hat.

Deshalb ist es, wie ich meine, geboten, darüber nachzudenken, ob die bisherigen Konfliktlagen durch sachgerechte politische Lösungen aus ihren friedensgefährdenden Situationen herausgelöst wurden, oder ob nicht unter Umständen einfach Glück oder Furcht schlimmere Entwicklungen verhindert haben. Auf Glück oder Furcht wird jedenfalls ein Frieden in Europa nicht dauerhaft zu begründen sein, deshalb kommt es darauf an, Mittel und Wege einer Kriegsverhütung in Europa klarer zu definieren und sich für ein rationales Sicherheitsverständnis einzusetzen.

Die Frage, wie und mit welchen Mitteln Kriege verhindert werden können, gehörte stets zu den wichtigsten Themen der politischen Auseinandersetzung. Sie war getragen von all-gemeinpolitischen, von ökonomischen und sozialen Handlungsmustern, nicht zuletzt von moralisch-ethischen Motiven. Die Begründung der Fragestellung wie der Antworten kann deshalb nicht allein von Experten, von den Profis der Politik, der Diplomatie und des Militärs formuliert werden, sondern sie bedarf der gesellschaftlichen Legitimation, also einer breiten Abstützung und einer weitestgehenden Zustimmung, um tragfähig und belastbar zu sein.

Diese gesellschaftliche Billigung setzt eine umfassende Unterrichtung, eine sachbezogene Diskussion und letztendlich die Einsicht in die grundlegenden Zusammenhänge unserer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz voraus. Das daraus resultierende sicherheitspolitische Handeln darf nicht - wenn es von breiten Schichten mitgetragen werden soll - ethische Grundwerte und moralische Prinzipien der Gemeinschaften mißachten oder gar aufheben. Vernunft und emotionale Bindung sollten sich gerade hier nicht ausschließen. Es wäre geradezu tragisch, ja sogar verhängnisvoll, wenn Friedenssehnsucht und praktische Politik unvermittelbar würden, den die den Frieden fördernde, den Frieden sichernde Politik ist das Instrument der Friedenssehnsucht.

Konkret bezogen auf die Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist hier folgendes anzumerken: Die gesellschaftliche Auseinandersetzung der vergangenen Monate über Grundfragen unserer äußeren Sicherheit hat gezeigt, daß die Regierungen und Parlamente als



Verantwortungsträger des Staates und die einzelnen Politiker in den letzten 15 Jahren nicht hinreichend verstanden haben, unsere Sicherheits- und Entspannungspolitik als Instrument einer Kriegsverhinderungspolitik zusammenhängend zu begründen, den Sinn dieser Politik glaubhaft zu verdeutlichen und den Weg dieser Politik einsichtig und nachvollziehbar darzustellen. Dieser Aufgabe sind die Parteien im allgemeinen nur unzureichend nachgekommen. Die einen, weil sie den einen Teil eines gemeinsamen Politikverständnisses, nämlich die Entspannungspolitik, die anderen, weil sie den anderen Teil, nämlich die Sicherheitspolitik, überbetonen und dabei den inneren Zusammenhang beider zu Kriegsverhütungspolitik vernachlässigen.

Die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit verlangt, Widersprüche in die Diskussion mit einzubeziehen, sie aufzuzeigen und nicht auszuklammern. Das von den Medien, von den Kirchen und auch von der jungen Generation so verstärkt ins öffentliche Bewußtsein gerückte Dilemma unserer Abschreckungsdoctrin, daß wir Schaden androhen, um Schaden zu verhindern, gehört zu den Widersprüchen unserer Zeit. Es kann nicht wegdiskutiert, sondern muß begründet werden. Schließlich - man möchte fast sagen widersinnigerweise - sorgt gerade die Fähigkeit zur totalen Zerstörung unseres Lebensraums, eine Fähigkeit, die die nukleare Militärtechnologie mit sich gebracht hat, dafür, daß die, die über diese nuklearen Waffensysteme verfügen, in ihrem Handlungsspielraum begrenzt werden. Die herkömmliche Macht und Expansionspolitik, die auf die gewaltsame Konfliktlösung ausgerichtet war, ist dadurch zumindest in der Politikanlage aus den jetzigen Bereichen der beiden Paktsysteme verdrängt worden. Sie sicherte uns in Europa die Abwesenheit von Krieg.

Dennoch bleibt ein schleichendes Unbehagen, eine latente ständige Furcht vor den gewaltigen Zerstörungskräften dieser Waffen, mehr noch, vor der Unvollkommenheit des Menschen, die es dann nicht ausschließen, daß doch der große Waffengang gewagt wird. Gerade diese Gefahr aus menschlicher Unzulänglichkeit sollte bei all denen, die über militärische Nuklearmittel verfügen, Einsichten wecken, nicht nur Begrenzungen dieser Mittel zuzustimmen, sondern endlich mit Nachdruck auf die Verringerung der Potentiale hinzuwirken. Dabei bin ich mir völlig im klaren, daß es bei den Waffenarsenalen ein Zurück zu gestern oder vorgestern nicht geben wird, um so mehr muß bewußt an der Veränderung der Ausgangslagen und gezielt am Rüstungsabbau gearbeitet werden.

Wissenschaftliche Erkenntnisse und waffentechnische Entwicklungen sind nicht widerruflich, aber zwischen Erkenntnis, Entwicklung, Produktion und Einführung von neuen Systemen gibt es Verhandlungsspielraum für gemeinsame Rückführmaßnahmen, Begrenzungen bei den vorhandenen Systemen, allmähliche und kontrollierbare Rückführung, wie die Nichteinführung von Systemen, stehen zur Debatte. Soll der Mensch das Maß aller politischen Handlungen sein, so darf seine Wissenschaft nicht selbstzerstörerisch sein, und seine Vernunft darf die Kontrolle über die Bestimmung seines Verhaltens auch in Krisen- und Konfliktfälle nicht verlieren.

Seit den Soer Jahren haben wir Älteren uns weitgehend unreflektiert auf die Schrecken einer atomaren Auseinandersetzung, auf die geringen eigenen Überlebenschancen nahezu resignativ eingestellt. Diese Haltung hatte ein Stadium erreicht, daß atomare Versuchsexplosionen auf östlicher wie auf westlicher Seite, und die damit einhergehenden technologischen Weiterentwicklungen fast unbewegt zur Kenntnis genommen, aber damit die Hoffnung verbunden wurde, daß durch einen Atomwaffen-Sperrvertrag die Ausdehnung der nuklearen Gefährdung verhindert und die SALT-Verhandlungen dem Waffenwettlauf zwischen den beiden Paktführern Einhalt gebieten werde.

Diese in der Grundtendenz noch optimistische Perspektive erfüllte sich nicht. Zum einen haben viele kleine Staaten - zum Teil Schwellenländer in der industriellen Entwicklung - sich die Voraussetzungen für die Entwicklung militärischer Nuklearmittel geschaffen. Zum anderen ging der Rüstungswettlauf - ausgenommen der interkontinentale Bereich - auf beiden Seiten munter weiter, wie die Einführung neuer eurostrategischer nuklearer Waffen in der Sowjetunion beweist. Aber nicht nur die UdSSR hat hier weitere Potentiale eingeführt, auch die westliche Seite ist nicht untätig gewesen. Wenn ich in diesem Zusammenhang nur an die Neutronenwaffe erinnern darf.

Der westliche Gegenzug hat zur SS 20 und backfire-Aufrüstung in dem bekannten Nato-Doppelbeschuß als wichtigstes Element nicht die Nachrüstungskomponente, sondern das Verhandlungsangebot zur Verminderung der Waffensysteme auch in Europa. Er führte gleichwohl in weiten Teilen der Öffentlichkeit und auch in den Parteien zu einem emotionalen Auf-

bruch; über den mit kaum glaublicher Einäugigkeit durchdrungenen "Krefelder Appell" hin zu Lösungen wie "ohne Waffen leben", oder zu Thesen wie "lieber rot als tot" haben wir das ganze Spektrum emotionaler Besorgnisse und gefühlsbezogener Antworten.

Jedoch nur Waffen zählen und Waffen wegwerfen zu wollen - so moralisch und ethisch ernsthaft es gemeint sein mag - verhindert keine Nötigung, vermeidet keine Erpressung durch den, der eine solche Programmatik für sich ablehnt, sondern rüstet. Will man sich dieser Situation nicht aussetzen - und wir wollen dies nicht - so fordern politische Vernunft und auch sittliche Verantwortung für das Gemeinwohl eine Politik, die zugleich auf friedliche Wege zum Interessenausgleich zwischen den Nationen setzt und die eigenen Sicherheitsmittel des Staates so bündelt, daß sie im Zusammenwirken mit den Bündnispartnern eine Abwehr politischer Erpressung gewährleisten können.

Erst wenn jedem politisch Handelnden klar ist, daß der Aufwand und der Schaden für das eigene Volk bei einer gewaltsamen Konfliktlösung für ihn in keinem tragbaren Verhältnis zum möglichen Nutzen steht, sind die Chancen für Absprachen auch aus nur praktischen Gründen und nicht aus allgemeinen politischen oder humanitären Motiven realistisch.

Unter den noch bestehenden weltpolitischen Lagen sind daher Nuklearwaffen Mittel zur Abwehr militärischer und politischer Nötigung und haben - soweit sie als politische Waffen verstanden werden - eine friedenssichernde Funktion. Ohne die ausreichende Fähigkeit zur Verhinderung von Gewaltanwendung ist ein gesicherter Frieden nicht gewährleistet, eine gewaltfreie Konfliktlösung nicht möglich und die Einleitung von ernsthaften Abrüstungsbemühungen nicht realistisch. Wer deshalb Kriegsverhütungspolitik betreiben will, muß von der Prämisse ausgehen, daß die eigene Sicherheit nicht von anderen gewährleistet wird und deshalb ein eigener Beitrag zwingend erforderlich ist. Andererseits wird der friedliche Ausgleich nur dann dauerhafte Chancen haben, wenn man zugleich bereit ist, die Sicherheitsinteressen anderer Nationen ernsthaft mit zu bedenken. Sicherheit ist nur miteinander - nicht gegeneinander - zu begründen. Wer das bei uns übersieht, handelt unrealistisch und vor allem unpolitisch, denn er mißachtet die Sicherheitslage der Bundesrepublik, er übersieht unsere Bindungen an Berlin und gefährdet das Verhältnis zu unseren Bündnispartnern, die mit dazu beitrugen, daß in Europa über 36 Jahre der Frieden gewahrt werden konnte.

Wenn Sicherheit ein menschliches Grundbedürfnis und kein staatlicher Selbstzweck ist - und ich bejahe dies - dann ist auch für ihre Gewährung der feste Wille des Bürgers, seine Freiheit und seine Lebens- und Staatsordnung geistig und politisch zu behaupten und gegen jede Bedrohung zu schützen, mitentscheidend. Nur so bewahren wir die Fähigkeit, den Frieden auch zukünftig umsichtig und verantwortungsvoll zu gestalten, denn Friedensfähigkeit setzt Selbstbewußtsein und nicht Selbstaufgabe voraus.

Gerade dort, wo Gegensätze bestehen, die aus ideologischen Gründen und unterschiedlichen Ausgangslagen vorerst nicht aufgehoben werden können, müssen, wenn auch noch so mühevoll und langwierig, Ansätze zum Interessenausgleich gefunden werden. Es muß dabei jede Möglichkeit aufgegriffen werden, die zum Abbau oder zur Eingrenzung von Konfliktfeldern und somit zur Minderung von Spannungen führen kann. Und das verlangt eben, die Sicherheitsbedürfnisse und auch die Ängste der anderen Seite in die eigenen Überlegungen und Entscheidungen mit einzubeziehen. Hier sind Vernunft und politische Klugheit, Wirklichkeitsinn und Beharrlichkeit die tragenden Elemente eines illusionsfreien Ausbaus friedensfördernder Beziehungen. Ideologische, auch moralische Überheblichkeit, Drohgebärden und überbetontes Hervorheben gegensätzlicher politischer Anschauungen und Denkweisen verstärken das ohnehin nur unter Aufbringung von Engelsgeduld zu mindernde Mißtrauen zwischen den Völkern. Sie führen zu zusätzlicher Belastung der politischen Beziehungen, von der sich die eine oder andere Seite nur unter Gesichtsverlust lösen kann. Wie schwer das einer Großmacht fällt, braucht hier nicht besonders angesprochen zu werden. Aber auch kleinere und mittlere Nationen haben Gesichtsverluste nicht gern, sie behindern in jedem Fall für längere Zeit das Klima sachgerechter Verhandlungen.

Die Atlantische Allianz hat nach dem Harmel-Bericht 1967 unter der Prämisse eine friedensstabilisierende Annäherung zwischen den Paktsystemen zu wagen, neben der Verteidigung der Entspannung zu einem gleichrangigen Bündniszweck erhoben. Die Bundesrepublik hat ihre Außenpolitik im Sinne der Beschlüsse von Reykjavik und des Harmel-Berichts bündnis-





treu ausgerichtet - nachdem die Alliierten durch den Berlin-Vertrag die Voraussetzung für eine neue Ostpolitik schufen. Mit den Verträgen von Moskau und Warschau und dem Grundlagenvertrag mit der DDR, mit der Gewaltverzichtsvereinbarung gegenüber den Nachbarvölkern im Osten ergänzten wir die alliierten Anstrengungen und trugen mit der tatkräftigen Unterstützung am Zustandekommen von Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den Großmächten auch zur Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der mittleren und kleinen europäischen Staaten im KSZE-Prozeß bei.

Zum letzteren ist zu sagen, daß die SALT-Verhandlungen zwar Ergebnisse in der Begrenzung der interkontinentalen Waffensysteme - auch in dem Verzicht auf den Ausbau antibalistischer Systeme - brachten, daß aber Europa ausgeklammert schien. Die Sowjets schlugen damals - so jedenfalls Kissinger in dem 2. Buch seiner Memoiren - den Amerikaner vor, nur einen ausdrücklichen Verzicht auf den Einsatz von Nuklearwaffen für das Territorium der UdSSR und den USA in einem Geheimabkommen zu beschließen. Europa sollte also als nuklearer Auseinandersetzungsbereich freigegeben werden. Die USA - so Kissinger - lehnten sofort ab. Doch als bei SALT II die Sowjets die Einbeziehung der eurostrategischen - sprich: Mittelstreckenraketen vorschlugen, lehnten jetzt die Amerikaner deren Einbeziehung ab. Beiden ging es zunächst einmal um die Sicherung der Unverletzlichkeit ihres Territoriums.

Die Verhandlungen in Wien zur Reduzierung der Truppen und Ausrüstungen in Mitteleuropa (MBFR) liefen sich fest. In bakteriologischen und chemischen Waffensystembereichen kam es nicht zu überzeugenden Lösungen. Die Antworten in und für Europa - Vor- und Nachrüstung - brachten neue Unsicherheitsfaktoren wie demonstratives Unverständnis bei der Bevölkerung, und zwar nicht nur im Westen.

Was ist zu tun? Wie Bundeskanzler Schmidt 1977 in London unter Hinweis auf die eurostrategische Überrüstung der Sowjets die Sowjets und die Amerikaner an den Verhandlungstisch bringen? Wenn ja - und es ist ja geschehen - mit welchem Ziel? Nur die landgestützten sowjetischen Systeme mit den landgestützten Nato-Systemen vergleichen und auf Reduzierung drängen? Oder die Forderung der Sowjets akzeptieren, alle eurostrategischen Systeme in die Verhandlung einbeziehen, wobei heute der Westen bei den see- und luftgestützten Systemen ein deutliches Übergewicht hat? Die FBS-Systeme, die eigenständigen englischen und französischen Nuklearpotential ganz oder teilweise einbeziehen? Alles Fragen, auf die es keine einfache und am Verhandlungstisch durchsetzbare Antwort gibt, denn hier stehen Sicherheitsinteressen und Überrüstungen gegeneinander. Dort, wo wir unmittelbar handeln können, sollte folgendes bedacht werden: Um den schleppenden Prozeß von Rüstungskontrollverhandlungen, die eine umfassende Abrüstungskonzeption vorbereiten helfen sollen, neue Impulse zu verleihen, ist insbesondere in Wien eine Abkehr von der reinen Datendiskussion anzustreben, denn es geht nicht um ein Gleichgewichtsgebäude der Potentiale, sondern um die Übereinstimmung der globalen militärischen Möglichkeiten, bei denen sektorale Ungleichgewichte durchaus hinnehmbar sind. Bisher war das Gleichgewicht des Schreckens doch auch stets die strategische Summierung von Ungleichgewichten mit dem Ergebnis, daß insgesamt zwischen beiden Blöcken ein globales Gleichgewicht bestand.

Im Übrigen macht es keinen Sinn, Mittel zur sieben- und achtfachen Zerstörung der Welt - auf beiden Seiten - zu besitzen, um Gleichgewicht durch system-immanentes Waffenzählen und -vergleichen zu erzielen: Wichtig ist ausschließlich und allein, bei einer ausgesprochenen Verteidigungspolitik eine umfassende Zweitschlagskapazität zu erhalten und im taktischen Bereich genügend Abwehrmittel, um einen Angriff ungewöhnlich risikoreich zu machen. Hinzu kommt, daß im politischen Verhalten mehr Kalkulierbarkeit, mehr Vorhersehbarkeit der jeweiligen eigenen Absichten verstärkt Eingang finden muß und drohende Verhaltensweisen, die zu Fehlinterpretationen, Mißverständnissen und besonders zu Überreaktionen führen können und die Rüstungsdynamik und die Kriegsgefahr begünstigen, vermieden werden müssen.

Wir sind daher gehalten, immer wieder zu verdeutlichen, daß wir gewillt sind, im System internationaler Politik Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen und militärische Mittel zur Lösung für uns gänzlich auszuschließen. Unser Verteidigungspotential soll Erpressung verhindern, aber andererseits auch selbst keine Erpressung bewirken.

(-/15.3.1982/v0-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier

